



Der Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 26.01.2012

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 31. Januar 2012, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift

2. 11-F-08-0030

Mehr Transparenz & barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch Rathaus-TV,
HIER: Diskussion mit Experten/Expertinnen

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 23.08.2011 -

ANLAGE

NEUE ANTRÄGE

3. 12-F-33-0010

Fußballaustausch mit Biarritz

- Antrag von CDU und SPD vom 25.01.2012 -

Seite 2 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 31. Januar 2012

Für das Jahr 2011 lud die französische Stadt Biarritz junge Fußballer aus der Landeshauptstadt Wiesbaden zu einem international besetzten Pfingstturnier ein. Obwohl der Besuch im letzten Jahr nicht zustande kam, erneuerten Vertreter von Biarritz ihr Angebot in einem Brief an den Oberbürgermeister für das Jahr 2012 und weiteten es sogar aus. Der Besuch der Wiesbadener Fußballer soll nun, eventuell sogar noch im gleichen Jahr, mit einem Gegenbesuch von französischen Jugendlichen beantwortet werden.

Ein solcher Austausch ist zu unterstützen und könnte Grundlage für weitere Kontakte zwischen Biarritz und Wiesbaden werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, sowohl mit der Stadt Biarritz als auch mit Wiesbadener Fußballvereinen in Kontakt zu treten und den Austausch junger Sportler zu organisieren.

4. 12-F-03-0008

Wiesbaden ist FairtradeTown?

- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 23.01.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 16. Dezember 2010 den Beschluss gefasst, dass Wiesbaden „Fairtrade-Town“ werden soll. Der Lokalpresse war kürzlich zu entnehmen, dass die Voraussetzungen nunmehr erfüllt sind und Wiesbaden den Titel „Fairtrade-Town“ tragen darf. Um diesen Prozess bis zur Titelvergabe konstruktiv zu begleiten wurde eine Steuerungsgruppe gegründet.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Schritte seit Gründung der Steuerungsgruppe unternommen wurden.

2. wie der aktuelle Stand der Planung ist.

3. inwiefern ein Konzept für die Zeit nach der Titelverleihung besteht.

3a. Falls ja, wie sieht das Konzept aus?

4. ob das Vorhaben besteht, die "Fairtrade-Town" zu bewerben, bzw. ob Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit eingestellt sind?

5. Inwiefern eine weitere Unterstützung von Projekten, die fairen Handel betreiben, geplant ist?

6. Ob er eine Möglichkeit sieht, den „Weltladen“ weiter in die Innenstadt zu holen - bspw. im Zuge der Belegung der Mauritiuspassage?

6a. Auf welche Summe sich die Kosten belaufen würden, dem Weltladen einen innenstadtnahen Raum zur Verfügung zu stellen?

5. 12-F-08-0008

Kameras in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 18.01.2012 -

Nach über einem Jahr Kameraüberwachung am Hauptbahnhof ist es uns ein Anliegen, die Erfahrungen mit dieser Überwachungstechnik zu hinterfragen und auf ihre Alltagstauglichkeit, Sicherheit, ihren Erfolg und negative Nebeneffekte hin zu überprüfen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:
Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie sich die absolute Zahl von Straftaten am und im Hauptbahnhof entwickelt hat;
2. wie viele Straftaten von den Kameras insgesamt erfasst wurden;
3. welche Delikte besonders häufig im gefilmten Bereich zu beobachten sind;
4. ob es Verdrängungseffekte gibt und wenn ja, wohin;
5. ob sich die Anzahl von schwereren Diebstählen oder Gewaltverbrechen, bezogen auf die Gesamtzahl an Delikten im gefilmten Bereich, verändert hat;
6. ob nur live gefilmt oder auch aufgenommen wird. Und falls aufgenommen, wie lange das Material gespeichert, wo es aufbewahrt wird und wer Zugriff darauf hat;
7. ob Verhaltensveränderungen der Bürgerinnen und Bürger im Kamerabereich zu beobachten sind. Und wenn ja, welche das sind;
8. wie viele Delikte an Hand der Videoüberwachung aufgeklärt wurden;
9. wie viele Delikte durch die Beobachtung des Geländes und dadurch alarmierten Sicherheitskräfte verhindert werden konnten;
10. ob Polizei, Ordnungsamt und der Sicherheitsdienst der Deutschen Bahn die Installation als Erfolg bewerten und wenn ja, warum;
11. wie teuer die Installation der Überwachungskameras war und welche Folgekosten pro Jahr anfallen.

ANTRÄGE MIT VORLAUF

6. 09-F-25-0095

Imame in Wiesbaden

- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12.10.2009 -

ANLAGE

7. 10-F-05-0005

Einsicht in die Strukturen von Vereinen / Vereinigungen, die städtische Mittel mit dem Zweck der Integrationsförderung erhalten

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 25.10.2010 -

ANLAGE

8. 11-F-01-0010

Geschenk an Partnerstädte: Relief des Historische Fünfecks

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 02.02.2011 -

ANLAGE

9. 11-F-33-0029

Präventionsprogramme der Landeshauptstadt Wiesbaden
- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 19.09.2011 -

ANLAGE

10. 11-F-33-0046

Rhein-Main-Hallen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 15.11.2011 -
HIER: Hearing zu den Rahmenbedingungen einer Bürgerbeteiligung zur Frage des Standortes am
14.02.1012

11. Bericht der Dezernentin

12. 10-A-21-0001

Wiesbadener Integrationsgespräche

13. 11-V-30-0011

DL 37/11-5

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Wiesbaden-Sonnenberg/Rambach

14. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek
Vorsitzender